

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Katharina Schulze

Abg. Tobias Reiß

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Florian Streibl

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion haben den Antrag gestellt, den Tagesordnungspunkt 6, Zweite Lesung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein Gesetz zur Neuordnung des bayerischen Polizeirechts, Drucksache 17/20425, von der heutigen Tagesordnung abzusetzen:

**Antrag gem. § 106 BayLTGeschO der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion
auf Änderung der Tagesordnung**

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Bitte schön, Frau Kollegin.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir GRÜNE beantragen die Absetzung des Tagesordnungspunktes 6, Zweite Lesung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein Gesetz zur Neuordnung des bayerischen Polizeirechts.

Kolleginnen und Kollegen, seit Tagen und Wochen gehen Zigtausende von Menschen in Bayern gegen das CSU-Polizeiaufgabengesetz auf die Straße. Es ist eine richtige NoPAG-Bewegung geworden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als Reaktion darauf hat der Ministerpräsident am Wochenende angekündigt, dass es jetzt Dialogforen in den Schulen und den Hochschulen geben soll. Er möchte eine Kommission zur Überprüfung des Gesetzes bilden – das alles aber erst, nachdem das Gesetz beschlossen wurde. Da kann ich, ehrlich gesagt, nur laut lachen.

(Lachen bei Abgeordneten der CSU)

– Ich freue mich, dass Sie mitlachen; denn das, was Sie vorschlagen, ist absolut lächerlich. Man kann doch nicht erst ein Gesetz beschließen und dann hinterher einen Dialog führen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf solche Beruhigungsspielen haben die Menschen in Bayern keine Lust, und sie durchschauen auch Ihr billiges Wahlkampfmanöver. Außerdem kennen wir all Ihre Kommissionen, Dialogforen und all die Dinge, die Sie zwar ständig ankündigen, am Ende aber doch nicht klar durchziehen.

Wenn es jetzt also der neue Ministerpräsident und die CSU-Fraktion mit dem Willen zum Dialog und zum Austausch ernst meinen, wenn Herr Söder und die CSU-Fraktion es ernst meinen und die Sorgen der Bevölkerung ernst nehmen möchten, dann darf dieses Gesetz heute nicht beschlossen werden, und Sie müssen unserem Geschäftsordnungsantrag zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn wenn Sie dieses Gesetz heute beschließen, tritt es am 25. Mai 2018 in Kraft. Ab diesem Zeitpunkt wäre es dann in Bayern erlaubt, Telefone abzuhören und Computer zu durchsuchen, und das alles nur aufgrund des schwammigen Begriffs der drohenden Gefahr.

Wir hatten ja in den Ausschüssen viele Beratungen. Wir hatten Expertenanhörungen. Dort haben uns alle Experten ganz klar gesagt: Dieses Gesetz ist mit unserer freiheitlichen Verfassung nicht vereinbar, dieses Gesetz ist verfassungswidrig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, Sie haben sich nicht zur Sache zu äußern.

Katharina Schulze (GRÜNE): Ich erkläre gerade, warum wir einen Geschäftsordnungsantrag stellen. Ich muss das erläutern, damit die Kolleginnen und Kollegen auch die Möglichkeit haben, zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE haben schon im Sommer 2017 gegen die erste Novellierung gestimmt und klagen jetzt vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof. Wir werden auch in der Zweiten Lesung nicht zustimmen, wenn Sie unserem Geschäftsordnungsantrag nicht zustimmen, und dann werden wir wieder vor Gericht ziehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann helfen Ihre Kommissionen und Dialogforen auch nicht mehr; denn das Gericht wird eine Lanze für den Rechtsstaat brechen, wenn Sie dazu nicht in der Lage sind.

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, heute erst sind Schülerinnen und Schüler und Studierende noch einmal auf die Straße gegangen und haben an Sie eine deutliche Aussage gerichtet: Sie haben gesagt, dass sie Ihre Dialogforen nicht brauchen. Sie haben das Gesetz gelesen und gehen genau deswegen auf die Straße.

Wenn Sie jetzt trotzdem Dialogforen durchführen möchten, können Sie das in meinen Augen nur tun, wenn Sie dieses Gesetz vorher von der Tagesordnung nehmen; denn erst ein Gesetz zu beschließen und hinterher darüber reden zu wollen, ist kein feiner Stil. Darum bitte ich um Zustimmung zu unserem Geschäftsordnungsantrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Kollege Reiß das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Tobias Reiß (CSU): Ich hätte natürlich Frau Kollegin Kohlen den Vortritt gelassen, nachdem sie sicherlich in ähnlicher Art und Weise ebenfalls die Absetzung dieses Beratungsgegenstandes beantragen wird und dies sowohl von den GRÜNEN als auch von der SPD schon mehrfach in der Presse kommuniziert wurde.

(Zurufe einer kleinen Zuschauergruppe auf der Besuchertribüne: Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Freiheit raubt!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich beauftrage die Ordner, Sie sofort des Saales zu verweisen.

(Die Zuschauergruppe verlässt die Besuchertribüne – Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass Beifall und Kundgebungen auf der Zuschauertribüne untersagt sind!

(Markus Rinderspacher (SPD): Wie übrigens auch aus dem Kabinett!)

– Herr Kollege, Sie sollten die Geschäftsordnung nachlesen.

Tobias Reiß (CSU): Nachdem sich die Lage – –

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Moment!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Kollege, Sie haben das Wort, bitte schön.

Tobias Reiß (CSU): Bei diesen Debatten stellt sich immer auch die Frage, wie wir respektvoll miteinander umgehen, wie wir auch respektvoll mit den Gepflogenheiten im Parlament umgehen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Ich habe Respekt vor jedem, der Bedenken hat, der Bedenken zum Ausdruck bringt, der seine Bedenken auf einer Demo auch sichtbar machen möchte. Davor habe ich Respekt. Ich bitte aber auch, Respekt vor dem parlamentarischen Verfahren zu haben. Da wird auch, Frau Kollegin Kohnen, anders als Sie angekündigt haben, nichts durchgepeitscht,

(Florian von Brunn (SPD): Genau das passiert doch!)

sondern da wird ein Gesetzgebungsverfahren, das am 7. Februar, vor drei Monaten, mit der Ersten Lesung begonnen hat, im März mit einer umfangreichen Anhörung begleitet wurde, im April intensiv im Innenausschuss und im Verfassungsausschuss be-

handelt wurde, heute mit der Zweiten Lesung und der Dritten Lesung zum Abschluss gebracht. Das ist auch Respekt – Respekt vor dem Parlament, Respekt vor der Opposition, Respekt vor jedem einzelnen Kollegen, vor jeder einzelnen Kollegin, die sich in dieses parlamentarische Verfahren eingebracht haben.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin, Sie diffamieren die Vorschläge des Ministerpräsidenten als Dialogforen, die niemanden und nichts weiterbringen. Der Ministerpräsident hat am Wochenende angekündigt, eine Kommission einzurichten. Vorsitzender dieser Kommission soll einer der profiliertesten Verfassungsrechtler Bayerns sein, der ehemalige Verfassungsgerichtshofpräsident Karl Huber. Dort sollen Polizeipraktiker, Verfassungsrechtler und Datenschützer den weiteren Prozess begleiten, und es soll auch weiterhin

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

wie bisher über die Inhalte des Gesetzes informiert werden, und zwar sachlich und fachlich.

(Florian von Brunn (SPD): Propaganda!)

– Denn das, was bisher stattgefunden hat, Herr Kollege von Brunn, war Propaganda, Propaganda, die die SPD-Fraktion an der Seite von Linksextremisten, an der Seite von Autonomen, an der Seite von Antifa vorgebracht hat.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen die Frist – –

(Widerspruch bei der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir müssen das Ende der Frist am 25. Mai wegen der EU-Datenschutz-Grundverordnung beachten. Deshalb müssen wir das Gesetz im parlamentarischen Verfahren ver-

abschieden. Herr Kollege Schindler, ich lese in der "Mittelbayerischen Zeitung", dass Sie sich wie die Kollegin von den GRÜNEN wie folgt geäußert haben:

Die Polizei darf künftig in die Freiheitsrechte Einzelner eingreifen, bevor die Gefahr konkret wird.

Okay, das kann man noch unterschreiben.

(Isabell Zacharias (SPD): Aha!)

Weiter heißt es:

Das PAG macht Bürger zu Gefährdern und potenziellen Terroristen.

Herr Kollege Schindler, eigentlich sind Sie für Ihre Ernsthaftigkeit bekannt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Eben! – Volkmar Halbleib (SPD): Das muss Ihnen zu denken geben!)

Sie wissen auch, dass das Gegenteil der Fall ist. Hinsichtlich der "drohenden Gefahr" halten wir uns eng an die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Ich darf, nachdem die Anhörung angesprochen wurde, aus der Anhörung Herrn Prof. Schwarz von der Universität Würzburg zitieren:

Wer dem Staat präventive Mittel aus der "grundrechtsgebundenen" Hand

– das wollen wir: eine "grundrechtsgebundene" Hand –

... nehmen will, läuft Gefahr, den Staat und die Gemeinschaft der rechtstreuen Bürger wehrlos gegenüber Bedrohungen zu machen, die die Werte einer freiheitlich verfassten Gemeinschaft negieren.

Das wollen wir nicht. Deshalb werden wir das Polizeiaufgabengesetz heute verabschieden.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, danke schön. Damit haben Sie dem Antrag widersprochen. – Als Nächste hat die Kollegin Kohnen von der SPD das Wort. Bitte schön.

(Beifall bei der SPD)

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch von unserer Seite liegt ein Antrag zur Geschäftsordnung vor. Wir beantragen die Absetzung des Tagesordnungspunktes 6. Kurz: Wir beantragen die Absetzung der Zweiten Lesung des Polizeiaufgabengesetzes.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Reiß, wissen Sie überhaupt, was Respekt heißt? – Respekt heißt, die bürgerlichen Freiheitsrechte der Menschen zu achten. Das ist Respekt und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Bravo!)

In Bayern gehen in diesen Tagen Zehntausende Menschen auf die Straße, weil sie das Gefühl haben, dass sie für ihre Freiheit kämpfen müssen. Sie haben das Gefühl, ihre Freiheit verteidigen zu müssen. Herr Reiß, die Menschen spüren, dass diese – –

(Zuruf von der CSU: Sie brauchen nicht so zu schreien!)

– Ich schreie, so viel ich will. Das sage ich Ihnen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Die Menschen spüren und sehen, dass diese Regierung, also Sie, der Bevölkerung mit tiefstem Misstrauen begegnet. Diese Regierung will die Bevölkerung in einer Form überwachen, die unsere Verfassung nicht mehr rechtfertigt. Es wird noch schlimmer: Nach der Großdemonstration in München mit über 40.000 Menschen hat der baye-

rische Innenminister nichts Besseres zu tun, als diese Menschen auf der Straße als Unbedarfte zu bezeichnen.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Nein!)

– Im Morgeninterview des Bayerischen Rundfunks. Sie schleudern diesen Menschen also nicht nur Misstrauen entgegen, sondern auch eine Herabwürdigung. Sie tun gerade so, als wären diese Menschen nicht in der Lage, selbstständig zu denken und selbstständig zu entscheiden. Herr Reiß, das ist respektlos.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Herr Herrmann, Sie als Innenminister machen die Presse da oben dafür verantwortlich, die Menschen in die Irre geführt zu haben, indem Sie den Medienvertretern Lügenpropaganda unterstellen. Das ist nichts anderes, als die Axt an die Meinungsfreiheit und die Pressefreiheit anzulegen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Damit legen Sie die Axt an die Grundwerte unserer Demokratie an. In meinen Augen haben Sie sich dafür bei den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land zu entschuldigen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der Ministerpräsident, der leider heute nicht da ist, scheint sich ja unsicher zu sein, was er über das Ganze denkt. Er sagt einerseits: Wir nehmen – –

(Ingrid Heckner (CSU): Das ist ein Geschäftsordnungsantrag und nicht das PAG!)

– Nur die Ruhe. Ihr Ministerpräsident sagt: Wir nehmen die Sorgen ernst, und er sei bewegt, dass sehr viele Menschen eine große Unsicherheit und eine große Angst vor dem PAG haben. – Man höre und staune. Da scheint der Ministerpräsident etwas erkannt zu haben, was der Innenminister noch nicht erkannt hat. Aber die Schlussfolge-

zung des Ministerpräsidenten ist schlichtweg grotesk. Wie wollen Sie denn jetzt bei diesem Gesetz vorgehen? – Sie wollen das PAG heute durchpeitschen. Herr Reiß, nichts anderes tun Sie.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Anschließend wollen Sie eine Informationsoffensive und eine Dialogreihe durchführen.

(Florian von Brunn (SPD): Propaganda!)

Wo gibt es denn so was? – Sie schaffen zuerst vollendete Tatsachen, und anschließend wollen Sie mit der eigenen Bevölkerung reden. Das ist grotesk und absurd. Herr Reiß, das ist vor allen Dingen respektlos.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wissen Sie überhaupt, was das alles für die Menschen da draußen auf der Straße bedeutet? – Mit dem Gesetz begegnet ihnen der Staat nicht nur mit Misstrauen, sondern der Innenminister bezeichnet sie darüber hinaus noch als Unbedarfte. Der Ministerpräsident bietet einen Dialog an, wenn es nichts mehr zu reden gibt. Er presst das Gesetz allmächtig durch das Parlament. Das machen Sie heute. Ich sage Ihnen: Das ist unanständig.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie, die CSU, haben die absolute Mehrheit in diesem Landtag.

(Isabell Zacharias (SPD): Nicht mehr lange!)

Sie haben die Macht, das durchzudrücken. Aber ich sage Ihnen: Mit dieser Macht geht eine Verantwortung einher. Das ist die Verantwortung, Zweifel und Widerspruch tatsächlich ernst zu nehmen. Herr Reiß, dieser Verantwortung werden Sie nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Bayern eine starke Regierung hätte, dann stünde das PAG heute nicht auf der Tagesordnung. Wenn Bayern einen souveränen Ministerpräsidenten hätte, dann würde er dieses Gesetz nicht durchpeitschen. Stärke besteht nämlich nicht darin, etwas mit der Brechstange durchzusetzen. Eine starke Regierung nimmt Kritik ernst und respektiert die Meinung anderer, Herr Reiß. Eine starke Regierung geht auf die Menschen zu, die Kritik üben und Zweifel äußern, und zwar vor der Entscheidung. Ein souveräner Ministerpräsident würde in dieser Debatte,

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, darf ich Sie an die Zeit erinnern?

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) wenn er überhaupt da wäre, aufstehen und sagen: Wir beschließen heute nicht!

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Der Kollege Streibl von den FREIEN WÄHLERN hat sich als nächster Redner zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir, die FREIEN WÄHLER, werden die beiden Anträge der SPD-Fraktion und der GRÜNEN unterstützen. Unserer Ansicht nach ist es wichtig, dass nachgesteuert wird und Zeit zum Nachdenken und Nachbessern gegeben wird. Landauf, landab ist sichtbar, dass das Gesetz, wie es nun verabschiedet werden soll, den Menschen Angst macht und die Gesellschaft letztlich spaltet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Daher befürworten wir eine Atempause. Allerdings hat sich die CSU-Fraktion selbst in Zugzwang gebracht, nachdem Sie das Gesetz mit den notwendigen Änderungen hinsichtlich der Datenschutz-Grundverordnung verbunden hat. Die Datenschutz-Grundverordnung tritt am 25. Mai in Kraft. Daher wäre eine Trennung tunlichst angeraten. Es

wäre notwendig, wichtige und unschädliche Änderungen hinsichtlich des Datenschutzes zu beschließen und über strittige Themen noch einmal nachzudenken. Wenn der Ministerpräsident und die CSU-Fraktion selbst eine Kommission ins Leben rufen, dann sollten sie deren Ergebnisse erst einmal abwarten und keine vollendeten Tatsachen schaffen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Deshalb würde es dem Hohen Hause gut anstehen, den Tagesordnungspunkt zu verschieben, wohlwissend, dass die CSU-Fraktion die Macht hat, das Gesetz heute durchzuboxen. Aber, meine Damen und Herren von der CSU, Sie müssen sich dessen gewahr sein: Macht ist nicht immer gleich Recht. Macht kann auch missbraucht werden. Seien Sie deshalb vorsichtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke sehr, Herr Kollege. Nachdem die CSU-Fraktion dem Antrag widersprochen hat, ist der Antrag abgelehnt.